

Die Linke im Stadtrat Hildesheim

Hildesheim, 25.11.2025
Anträge zum Haushalt 2026 und 2027

Inhaltsverzeichnis

Hitzeschutz statt Kreislaufkollaps.....	2
Durstlöscher	2
RAD statt SUV	2
Mitbestimmung hilft gegen Meckerei.....	3
Obdachlosigkeit: Menschlichkeit statt extra Kosten	3
Förderung genossenschaftlicher und gemeinschaftlicher Wohnprojektgruppen.....	3
Sekt statt Champus.....	4
Datenschutzkonforme Computer für Asyl e.V.....	4
Antrag: Erhöhung und Absicherung der Förderung der Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt (BISS).....	5
Wünsche von Senior*innen ernst nehmen und unterstützen: Wohnraumgewinnung durch Umverteilung	6
Wohnungsnot in Hildesheim ernst nehmen: Zentrale Anlaufstelle für Wohnungssuche schaffen	6
Ohne KuFa keine Kulturstadt – mehr Rückenwind für Hildesheims Kulturfabrik!	6
Hildesheim ist „Sicherer Hafen“ konkret machen: Unterstützung des Seenotrettungsschiffes NADIR	8
Unterstützung des Hauses „Haus der Vielfalt - Dialog- und Kompetenzzentrum“	9
Jugendwettbewerb für einen barrierefreien und demokratischen Marktplatz.	9
Galeria Kaufhof Bürger*innenbefragung	10
Ausrüstung der Ampel Steuerwalder Straße/Fichtestraße mit einer Akustikerkennung.....	11
Mayors for Peace: Malwettbewerb für Kinder zum Verbot der Atombombe und für Frieden.....	11
Bushalte- und Umsteigestelle Schuhstraße barrierefrei umbauen	12
Erinnern für die Gegenwart und Zukunft	13
Öffentliche Toiletten im Bereich des Bus- und Hauptbahnhofs.....	15
Finanzierung	16
Irgendwo müssen wir ja sparen.....	16

Hitzeschutz statt Kreislaufkollaps

Beschlussvorschlag:

Das Produkt 55100 Öffentliches Grün/Landschaftsbau wird für die Haushaltjahre 2026 und 2027 um 10 % Mindestens 20% des Produktes 55100 werden für Begrünungs- oder Entsiegelungsmaßnahmen im öffentlichen Raum ausgegeben, die sich hitzeschützend auswirken.

Begründung:

Die Durchschnittstemperatur steigt immer weiter. Für Menschen, die sich keine Klimaanlage leisten können, ist es schwierig, kostenlose Schutzorte vor der Hitze zu finden. Mehr Begrünung im öffentlichen Raum könnte die Abhilfe schaffen. Außerdem ist zu erwarten, dass diese die Verweildauer in den Innenstädten und somit die Gewerbesteuereinnahmen erhöhen. Gleichzeitig sinken die Kosten für Einsätze von Rettungssanitäter*innen die aufgrund von Hitzeunfällen ausrücken müssen.

Durstlöscher

Beschlussvorschlag:

Aus dem Produkt 60 „Bauen, Umwelt, Klimaschutz“ wird Geld für Errichtung und Unterhalt 8 Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet eingeplant. Von diesen sollen je mindestens 2 in Nord- und Oststadt errichtet werden. Ein Brunnen wird auf dem Bahnhofsplatz errichtet.

Begründung:

Trinkwasserbrunnen sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge – gerade in Zeiten zunehmender Hitzeperioden. Sie tragen zur Gesundheitsvorsorge, Aufenthaltsqualität und Klimaanpassung bei. Besonders Kinder, ältere Menschen und Personen ohne festen Wohnsitz profitieren unmittelbar von frei zugänglichem Wasser im öffentlichen Raum. In Hildesheim gibt es bislang nur wenige öffentliche Zapfstellen, während Städte wie Göttingen, Hannover oder Braunschweig den Ausbau längst vorantreiben. Außerdem ist zu erwarten, dass diese die Verweildauer in den Innenstädten und somit die Gewerbesteuereinnahmen erhöhen.

RAD statt SUV

Beschlussvorschlag:

Das Profukt 541012012002 „Verbesserung Radverkehr“ wird 2027 um +150.000 € erhöht (von 350.000 € auf 500.000 €).

Begründung:

Der Radverkehr ist zentraler Bestandteil einer sozial gerechten und klimafreundlichen Mobilitätswende. Steigende Energiepreise, volle Busse und der Wunsch vieler Bürger:innen nach sicherer, günstiger Fortbewegung machen deutlich: Radwege sind keine Kür, sondern Grundversorgung. In Hildesheim liegt der Anteil des Radverkehrs noch deutlich unter dem vergleichbarer Städte – das hängt unmittelbar mit Lücken im Netz und unzureichender Infrastruktur zusammen.

Mit einer Erhöhung des Ansatzes auf 500.000 € im Jahr 2027 können dringend benötigte Maßnahmen wie sichere Kreuzungsführungen, Radstreifen und Abstellanlagen umgesetzt werden. Jeder investierte Euro senkt langfristig Verkehrskosten, entlastet Straßen und reduziert Emissionen. Die Mittelaufstockung stärkt zudem die Verkehrssicherheit und fördert die selbstbestimmte Mobilität insbesondere von Schüler:innen, Pendler:innen und Menschen mit geringem Einkommen

Mitbestimmung hilft gegen Meckerei

Beschlussvorschlag:

Es wird ein jährliches Budget eingerichtet, dass für von Bürger*innen eingereichte Projekte verwendet wird. Alle Bürger*innen der Stadt können Projekte einreichen. Die Entscheidung darüber, welches Projekt gefördert wird, wird in Form von direkter Demokratie durch Bürger*innen entschieden. Dafür werden für 2026 und 2027 jeweils 150.000€ bereitgestellt.

Begründung:

Ein Bürgerbudget stärkt Demokratie, Beteiligung und Zusammenhalt. So werden Engagement und Verantwortung gefördert und das Vertrauen in die kommunale Politik gestärkt.

Viele Städte haben mit Bürgerbudgets gute Erfahrungen gemacht: geringe Verwaltungskosten, aber hohe Wirkung für Beteiligung und Identifikation. Ein solches Instrument bringt Menschen zusammen, die sonst wenig Kontakt zur Stadtpolitik haben. Damit wird Hildesheim ein Stück demokratischer, sozialer und lebendiger.

Obdachlosigkeit: Menschlichkeit statt extra Kosten

Beschlussvorschlag:

Für 2026 und 2027 wird je ein +150.000 €-Topf zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit im Produkt 52200 Wohnbauförderung u. Wohnungsvermittlung eingerichtet. Mit diesem Geld wird ein städtischer Härtefallfonds eingerichtet, der ermöglicht schnelle, unbürokratische Hilfen, etwa zur Übernahme von Miet- oder Energieschulden, zur Unterstützung bei Umzügen oder zur Zwischenfinanzierung bei drohendem Wohnungsverlust.

Begründung:

Die Zahl der Menschen, die in Hildesheim von Wohnungslosigkeit bedroht sind, steigt spürbar – vor allem durch hohe Mieten, Nachzahlungen bei Energie und unbefristete Kündigungen im Niedriglohnsektor. Jeder Verlust der Wohnung zieht enorme soziale und finanzielle Folgekosten nach sich: Notunterkünfte, gesundheitliche Belastungen und langfristige Betreuungsausgaben. Prävention ist daher nicht nur menschlich geboten, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll.

Andere Städte (z. B. Göttingen und Hannover) zeigen, dass solche Fonds Wohnungslosigkeit wirksam verhindern können. Damit setzt Hildesheim ein klares Signal: Wir schützen Menschen, nicht Immobilienwerte.

Förderung genossenschaftlicher und gemeinschaftlicher Wohnprojektgruppen

Produkt 52200 Wohnbauförderung u. Wohnungsvermittlung

Beschlussvorschlag:

Für 2026 und 2027 wird je ein +100.000 €-Topf zur Förderung von Neugründung und Erweiterung von bestehenden kleinen Genossenschaften und gemeinschaftlicher Wohnformen eingerichtet. Bei Neubaugebieten wird neben einem Anteil von Sozialwohnungen auch ein nennenswerter Anteil für diese Wohnprojekte festgelegt.

Begründung:

Wohnungsgenossenschaften und gemeinschaftliche Wohnprojektgruppen sind ein zentraler Baustein für bezahlbares Wohnen und stabile Nachbarschaften.

Die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (eG) basiert auf den Prinzipien Selbsthilfe, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. In ihr manifestiert sich bürgerschaftliches Engagement in der Praxis. Zweck einer Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder. Die Rechtsform lässt aber auch die Umsetzung kultureller und sozialer Zwecke zu.

Bei Wohnungsgenossenschaften erhalten die Mitglieder mit dem Erwerb von Geschäftsanteilen ein lebenslanges Nutzungsrecht an einer Genossenschaftswohnung. Sie sind damit zugleich Mieter und Anteilseigner des genossenschaftlichen Wohnungsunternehmens. Im Genossenschaftsgesetz sowie in den jeweiligen Satzungen der Genossenschaften sind die Rechte und Pflichten der Mitglieder geregelt.

Genossenschaften entziehen, wenn sie nicht zu groß werden, Wohnraum dauerhaft der Spekulation, schaffen Sicherheit für ihre Mitglieder und fördern gemeinschaftliches, solidarisches Zusammenleben über alle Generationen bis ins hohe Alter. Gerade in Hildesheim, wo Mieten steigen und Sozialwohnungen aus der Bindung fallen, braucht es eine aktive kommunale Förderung dieser Strukturen.

Ein Fördertopf von jeweils 100.000 € in den Jahren 2026 und 2027 kann Anschubfinanzierungen, Beratung oder Eigenkapitalzuschüsse für Neugründungen und Erweiterungen bestehender Genossenschaften ermöglichen. Gerade in den unteren bis mittleren Einkommensgruppen ist der Wunsch nach gemeinschaftlichem Wohnen nicht zu finanzieren, da das Einkommen und das Ersparte für Genossenschaftsanteile nicht reichen. Eine stadtseitige Beratung und Unterstützung kann das Entstehen einer neuen Genossenschaftsbewegung unterstützen. Die Förderung kann darüber hinaus auch in Überlassung städtischer Grundstücke zu günstigen Erbbaurechtskonditionen erfolgen.

Damit stärkt die Stadt lokale Akteure, die bezahlbaren Wohnraum langfristig sichern – sozial, demokratisch und krisenfest. Jeder investierte Euro bleibt in der Stadt und wirkt doppelt:

Für Menschen aller Altersgruppen statt für fremde Rendite.

Sekt statt Champus

Beschlussvorschlag:

Die Mittel für die Erneuerung der Technik im Gustav-Struckmann-Saal werden auf 100.000 € gekürzt.

Begründung:

In Zeiten angespannter Haushaltslage muss die Stadt klare Prioritäten setzen. Während soziale Einrichtungen, Schulen und Klimaschutzprojekte unterfinanziert sind, ist eine nahezu halbe Million Euro für neue Veranstaltungstechnik im Gustav-Struckmann-Saal nicht vermittelbar. Gute Medientechnik auf aktuellem Stand sollte bereits für 100.000 € zu haben sein - alles andere wäre unnützer Protz, der nur Politiker*innen zugute kommt.

Datenschutzkonforme Computer für Asyl e.V.

Beschlussvorschlag:

Der Asyl e.V. wird mit bis zu 10.000€ für neue, datenschutzkonforme Informationstechnik unterstützt.

Begründung:

Oktober 2025 ist der Zeitpunkt an dem der offizielle Support von Microsoft für Windows 10 ausläuft. Das Problem ist jedoch, dass das Folgebetriebssystem Windows 11 für viele ältere Computer zu hohe Anforderungen hat und sich somit gar nicht erst installieren lässt. Die Weiterverwendung von Windows 10 nach Oktober diesen Jahres ohne Sicherheitsupdates stellt ein enormes Sicherheitsrisiko dar. Dies geht soweit, dass für einen Verein mit sensiblen Daten sämtliche Altgeräte unbrauchbar werden. Wir wollen, dass ein so wichtiger Verein wie Asyl e.V. Weiterhin gute Arbeit leisten kann. Für die Neuanschaffung der Endgeräte braucht der Verein laut eigenen Angaben ca. 10.000€ Budget.

Antrag: Erhöhung und Absicherung der Förderung der Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt (BISS)

Beschlussvorschlag:

Um das Leistungsangebot für 2026 aufrechterhalten zu können wird dem Verein auch zukünftig eine Förderung der Stadt Hildesheim bereitgestellt. Es ist aufgrund weiterer Kostensteigerungen und erhöhtem Bedarf eine Steigerung der Förderung um jährlich 4.000€ einzuplanen. Die Höhe der Förderung beträgt somit 20.000€ für das Jahr 2026. Die Förderung wird für das Jahr 2027 mit 24.000€ festgesetzt.

Begründung:

Für das Jahr 2025 hat die BISS-Beratungsstelle erneut eine Fehlbetragsfinanzierung von der Stadt Hildesheim erhalten.

Die Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt ist seit 2006 eine Säule des Frauenhauses e.V.. Nach einem Polizeieinsatz wegen häuslicher Gewalt in Stadt und Landkreis Hildesheim erhält die BISS automatisch ein Protokoll über den Vorfall. Sie strebt eine proaktive Kontaktaufnahme mit den Opfern an. Dabei bietet sie an, über das Erlebte zu sprechen, Handlungsstrategien und Sicherheitsplanung in Bezug auf ein Hochrisikofall-Management gemeinsam zu entwickeln. Ebenso klärt sie über die Rechte im Rahmen des Gewaltschutzgesetzes auf, wie zum Beispiel Wohnungszuweisungen oder Näherrungsverbote. Sie unterstützt bei Anträgen nach dem Gewaltschutzgesetz und begleitet die Opfer zum Amtsgericht.

Deutschland und weitere Mitgliedsstaaten des Europarates verpflichten sich mit Unterzeichnung der Istanbul-Konvention, auf allen staatlichen Ebenen Gewalt gegen Frauen zu verhindern. Daher wurde in Hildesheim 2023 eine interdisziplinäre Koordinierungsstelle für häusliche Gewalt eingeführt, deren Geschäftsführung das Frauenhaus Hildesheim e.V. hat. Hierbei treffen unter anderem Staatsanwaltschaft, Amtsgericht, Polizei, Opferhilfe und BISS aufeinander. Aufgabe der Koordinierungsgruppe ist u.a. die Fortentwicklung und Verbesserung von Rahmenbedingungen und Standards, die den umfassenden Schutz und ausreichende Unterstützung von Gewalt betroffenen Personen ermöglichen.

Das Angebot der BISS für Opfer häuslicher Gewalt in Hildesheim ist umstritten. Im Jahr 2023 hat die BISS 930 Meldungen häuslicher Gewalt erhalten (vgl. 828 in 2022). Davon waren 478 aus dem Stadtgebiet, 446 aus den Kommunen des Landkreises Hildesheim und 6 von außerhalb. Die Zahlen steigen jährlich, so auch für das Jahr 2024, an.

Die Stadt Hildesheim soll eine sichere Stadt für alle sein. Mit einer Förderung der Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt (BISS) zeigt sie ihr Interesse, diesen Vorsatz auch einzuhalten. Mit einem Betrag von 20.000€ kann der Erhalt der Beratungsstelle für das Jahr 2026 gesichert und somit weiterhin die notwendige Hilfe für betroffene häuslicher Gewalt bereitgestellt werden. Aufgrund weiterer Steigerungen der Kosten und Bedarfe, braucht die BISS für das Jahr 2026 eine weitere Erhöhung.

Wünsche von Senior*innen ernst nehmen und unterstützen: Wohnraumgewinnung durch Umverteilung

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Hildesheim erarbeitet ein Programm zur Wohnraumumverteilung. Das Ziel ist die Wohnraumgewinnung insbesondere für Menschen mit niedrigen Einkommen und für Geflüchtete. Ältere Menschen sollen die Möglichkeit erhalten so lange, wie sie es sich zutrauen, im häuslichen Umfeld wohnen zu bleiben, dazu sind Wohnungen ohne Barrieren erforderlich.

Es wird ein Fonds gegründet, der Spenden einwirbt. Im Haushalt wird ein Grundstock von 50.000 € zur Verfügung gestellt. Mit diesen Geldern werden beispielsweise die Kosten für den Wohnungstausch ausgeglichen.

Begründung:

Auch in Hildesheim gibt es ältere und/oder alleinstehende Personen, die Immobilien bewohnen und sich eine kleinere, barriereärmere Wohnung wünschen. Auch wenn zum Beispiel die Treppen zunehmend zur Belastung werden und die Wohnung für eine Person zu groß ist, scheuen viele den Aufwand eines Umzugs. Der Umzug selbst, sowie eine Neuanmietung, der Ankauf einer neuen Immobilie oder die Risiken bei einer Untervermietung oder Bildung einer Wohngemeinschaft stellen dabei eine Hürde dar.

Wohnungsnot in Hildesheim ernst nehmen: Zentrale Anlaufstelle für Wohnungssuche schaffen

Beschlussvorschlag:

Für die Wiedereinführung der Fachstelle für Wohnungswesen werden zusätzliche 60.000 € für Personalkosten im Haushalt bereitgestellt. Sie soll als zentrale Anlaufstelle für Wohnungssuchende fungieren und Akteure vernetzen.

Begründung:

Die bundesweite Wohnungsnot in Städten ist auch in Hildesheim deutlich spürbar. Die Wiedereinführung der Fachstelle für Wohnungswesen ist somit eine logische Antwort auf die Knappheit von Wohnraum.

Ohne KuFa keine Kulturstadt – mehr Rückenwind für Hildesheims Kulturfabrik!

Beschlussvorschlag:

Die jährliche Förderung der Kulturfabrik Löseke (KuFa) wird in den Haushaltjahren 2026 und 2027 jeweils um 40.000 Euro erhöht.

Ziel ist die finanzielle Stabilisierung und Weiterentwicklung der KuFa als zentralem soziokulturellen Ort in Hildesheim.

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der KuFa Förderprogramme zu prüfen, die Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit unterstützen.

Begründung:

Die Kulturfabrik Löseke (KuFa) ist einer der wichtigsten und vielfältigsten Kulturore der Stadt Hildesheim. Sie ist Veranstaltungsort, Ausbildungsbetrieb, Netzwerkzentrum und sozialer Raum für Beteiligung, Kreativität und Teilhabe. In der Hildesheimer Nordstadt, einem Stadtteil mit besonderen sozialen Herausforderungen, leistet sie einen entscheidenden Beitrag zur kulturellen und gesellschaftlichen Teilhabe. Nach schwierigen Jahren durch Pandemie, Strukturwandel und den bundesweiten Rückgang von Clubs und Veranstaltungsorten hat sich die KuFa mit einer neuen Geschäftsführung und einem umfassenden Reformprozess auf den Weg gemacht, das Haus zukunftsfähig aufzustellen. Das im Jahr 2025 veröffentlichte Visionspapier beschreibt diesen Wandel sehr deutlich:

- Neuordnung der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit, Aufbau einer professionellen Social-Media-Struktur und einer neuen Website
- Ausbau von Kooperationen mit Institutionen wie der HAWK, Hildesheim Marketing, freien Kollektiven und Akteur*innen aus Stadt und Region
- Entwicklung von niedrigschwwelligen Angeboten für neue Initiativen und Veranstalter*innen
- Stärkung der Tagesnutzung: Mit Projekten wie dem Elternchor, Tanzkursen, einer geplanten DJ-Schule, Familienangeboten und einem offenen Café- und Coworking-Bereich wird die KuFa zunehmend zu einem Ort des Alltagslebens im Stadtteil
- Entwicklung von Konzepten für Ateliers, offene Werkstätten und Proberäume zur Unterstützung der lokalen Kreativszene
- Erste Planungen und Förderanfragen für bauliche Barrierefreiheit
- Aufbau eines Awareness-orientierten Sicherheits- und Einlasskonzepts
- Fortführung der Ausbildungsarbeit in den Bereichen Veranstaltungstechnik und Veranstaltungskaufleute

Diese Neuausrichtung zeigt: Die KuFa ist nicht nur ein Veranstaltungsort, sondern eine Institution, die Kultur, Bildung, soziale Verantwortung und Teilhabe miteinander verbindet. Sie nimmt eine Schlüsselrolle in der freien Kulturszene ein und ist ein Motor für ein offenes, vielfältiges und solidarisches Hildesheim.

Damit diese Entwicklung fortgesetzt werden kann, braucht es eine moderate, aber verlässliche Erhöhung der städtischen Förderung. Nur so lassen sich steigende Personal- und Betriebskosten, die Umsetzung neuer sozialer und kultureller Angebote sowie die notwendigen Investitionen in Barrierefreiheit und Infrastruktur bewältigen. Als Veranstaltungsort mit etwa 60.000 Besucher*innen pro Jahr und einem breit gefächerten Programm ist die KuFa aus Hildesheim nicht wegzudenken. Zu den Qualitäten gehören unter anderem:

- Umfangreiche Angebote für ein überwiegend junges Publikum (60% zw. 18-35 Jahre)
- Konzertprogramm von Punkrock über Weltmusik bis Jazz (ca. 130 Konzerte pro Jahr)
- Workshops für alle Altersgruppen (180 Termine pro Jahr)
- 3 Probenräume für 7 Bands, für Theatergruppen, 4 Ateliers für bildende Künstler*innen
- 3 Büro- und 2 Seminarräume für Vereine und Initiativen
- Ausbildungsplatz für Veranstaltungstechnik und Veranstaltungskaufwesen
- Angebote zahlreicher Kooperationspartner*innen aus dem gesamten Kultur- und Sozialspektrum
- Kostengünstige Dienstleistungen (Technik und Infrastruktur) für Kulturinitiativen in der ganzen Region (z.B. Rosen und Rüben)
- Kooperationspartner für Großveranstaltungen (z.B. Hildesheimer Wallungen)
- Aufbau und aktive Zusammenarbeit mit Netzwerken in Stadt und Region
- Kooperationen mit der Stadt Hildesheim (z.B. Grafitti-Projekte Nordstadt, Stadtzentrum, Stadtfeld / partizipative Gestaltung öffentlicher Räume u.v.m.)
- Gemeinwesenorientierte Stadtteilarbeit
 - Kooperationen mit verschiedenen Schulen
- Jugendprojekte, offene Werkstätten

- Stadtteilkommunikationsorte Faserwerk / Café Hase
- Kooperationsprojekt Nord.Pol (in Kooperation mit Sozialdezernat, Kulturbüro)
- Kooperation mit Jugendeinrichtungen der Stadt Hildesheim

Eine Erhöhung um 40.000 Euro pro Jahr schafft die Grundlage dafür, dass die KuFa ihren eingeschlagenen Weg fortsetzen, neue Kooperationen eingehen und ihre wichtige Rolle im kulturellen Leben der Stadt langfristig sichern kann.

Hildesheim ist „Sicherer Hafen“ konkret machen: Unterstützung des Seenotrettungsschiffes NADIR

Beschlussvorschlag:

Der Hildesheimer Stadtrat beschließt die Übernahme einer Patenschaft und die finanzielle Unterstützung des Seenotrettungsschiffes NADIR, das sich auf dem Mittelmeer speziell für die Seenotrettung geflüchteter Menschen einsetzt. Die Stadt Hildesheim unterstützt im Rahmen ihrer Patenschaft die Seenotrettungsorganisation RESQSHIP e.V. mit 10.000€ sowie der Initiierung einer Spendenkampagne.

Begründung:

Immer mehr Städte, Landkreise, Verbandsgemeinden und Gemeinden erklären sich solidarisch mit den von der Seebrücke formulierten Anforderungen an einen Sichereren Hafen. Mittlerweile gibt es insgesamt 318 Kommunen, die sich als Sicherer Hafen sehen, darunter 52 in Niedersachsen. (Stand 01.12.2024). Auch die Stadt Hildesheim hat sich solidarisch mit den Forderungen und selbst zu einem Sichereren Hafen erklärt. Eine dieser Forderungen beinhaltet die öffentliche Positionierung gegen die Kriminalisierung ziviler Seenotrettung, zum Beispiel durch die finanzielle Unterstützung und Übernahme einer Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff, welches sich speziell für die Seenotrettung geflüchteter Menschen auf dem Mittelmeer einsetzt. Um die Solidaritätserklärung mit der zivilen Seenotrettung in die Praxis umzusetzen, sprechen wir uns dafür aus, dass die Stadt Hildesheim offiziell die Patenschaft für das Seenotrettungsschiff NADIR von RESQSHIP e.V. übernimmt. Ein weiteres Ziel der Patenschaft ist es den Gedanken der Solidarität und der Mitmenschlichkeit in der Region zu fördern.

In diesem Zusammenhang startet die Stadt in Zusammenarbeit mit RESQSHIP e.V. einen öffentlichen Spendenaufruf, um die NADIR finanziell zu unterstützen. Die Stadt Hildesheim sichert zu, sich an diesem Aufruf mit weiteren 10.000€ zu beteiligen. Der Spendenaufruf wird eine Laufzeit von mindestens 10 Monaten haben. Dabei kann sich die Stadt Hildesheim an das Vorgehen der Stadt München und der Stadt Lüneburg ein Beispiel nehmen. Die Stadt München hatte offiziell eine Patenschaft für die Ocean Viking im Dezember 2019 übernommen. Dabei kam es zu einer Spendensammlung von 134.992,38€, die mit 100.000€ von der Stadt München ergänzt wurde. Die Stadt Lüneburg hat 2021 ebenso eine solche Patenschaft übernommen. Dabei kam es zu einer Spendensammlung von 42.251€, die mit weiteren 42.251€ von dem Landkreis Lüneburg ergänzt wurde.

Mit dem vereinseigenen Schiff - aktuell der Motorsegler NADIR - fährt RESQSHIP humanitäre Beobachtungseinsätze und leistet aktive Nothilfe auf See. Im zentralen Mittelmeer unterstützen die Crews an Bord Maßnahmen zur Seenotrettung, um Menschen in Not vor dem Tod durch Ertrinken zu bewahren. Sie erfassen Seenotfälle und übermitteln diese an die zuständigen Seenotleitstellen, um qualifizierte Hilfe einzufordern. So will der Verein dafür Sorge tragen, dass die Menschen an einen sicheren Ort gelangen. RESQSHIP beobachtet und dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und fordert vor allem die staatlichen Einrichtungen der EU auf, rechtmäßig zu handeln. Alleine im Jahr 2025 halfen die Crews der NADIR bei der Rettung von 1.855 Geflüchteten,

die sich im Mittelmeer in Seenot befanden. Das Betreiben eines solchen Schiffs ist zeit-, arbeits- und kosten-intensiv.

Die Stadt Hildesheim zeigt mit der Übernahme einer Patenschaft für die NADIR Solidarität mit Menschen in Seenot und eine Geste der Menschlichkeit. Die Stadt spricht sich damit auch gegen die Kriminalisierung der Seenotretter*innen, gegen die tödliche Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik der EU sowie gegen Menschenfeindlichkeit und Hass aus.

Unterstützung des Hauses „Haus der Vielfalt – Dialog- und Kompetenzzentrum“

Beschlussvorschlag:

Zur Entwicklung des „Haus der Vielfalt“ werden dem Brücke der Kulturen e.V. für das Jahr 2026 30.000€ zur Verfügung gestellt. Davon sollen 20.000€ in Unterstützung der Mietkosten fallen und 10.000€ für die aktuell notwendigen Renovierungsarbeiten und Umbaumaßnahmen bereitgestellt werden. Für das Jahr 2027 wird die Unterstützung der Mietkosten weitergetragen und somit weitere 20.000€ bereitgestellt.

Begründung:

Es gibt eine bestehende Notwendigkeit in der Berücksichtigung von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte und die einhergehende Professionalisierung in ihren migrantischen Organisationen. Es gibt eine Separation verschiedener Kulturkreise, die der Verein bündeln, sichtbar und erlebbar machen möchte.

Diese vorhandene Lücke soll mit der Errichtung eines „Haus der Vielfalt – Dialog- und Kompetenzzentrum“ geschlossen werden. Es ist zu beobachten, dass es symptomatisch viele Angebote gibt, aber wenige werden dazu befähigt, ihre eigene Mentalität auszuleben, sich zu präsentieren und sich dadurch eher als ein Teil der Gesellschaft zu betrachten. Im „Haus der Vielfalt“ soll Migrations- und Kulturarbeit geleistet werden und somit die Gesamtheit aller Kulturen und Ethnien widerspiegeln. Aber auch kulturelle Unterschiede berücksichtigen, um diese zu würdigen und ebenso für die Völkerverständigung zu sorgen. Als Brücke zwischen ihren Communities und der Gesamtgesellschaft sind diese Organisationen unverzichtbare Akteure in Bereichen wie transkultureller Bildung, Öffnung und Partizipation.

Der Verbund Brücke der Kulturen e.V. befähigt migrantische Organisationen sich selbst zu organisieren, bspw. die politische und gesellschaftliche Teilhabe und Teilnahme, Bewahrung der eigenen Tradition und Unterstützung bei der Inklusion in die Stadtgesellschaft. Die Organisationen werden selten als eine Bereicherung für die Stadtgesellschaft wahrgenommen und bekommen keine finanzielle Unterstützung.

Das „Haus der Vielfalt – Dialog- und Kompetenzzentrum“ soll entstehen um diese Lücke zu schließen und echte Vielfalt in Hildesheim erlebbar zu machen.

Jugendwettbewerb für einen barrierefreien und demokratischen Marktplatz.

Produkte Nrn.; 54100 Bauliche u. betriebliche Erhaltung Gemeindestraßen
28100 Heimat- und Geschichtspflege
28101 Kulturmanagement
3620000 Jugendarbeit
31 Soziale Hilfen
57303 Marktwesen

Beschlussvorschlag: In Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Kultur wird ein Jugend-Wettbewerb durchgeführt. Der Wettbewerb soll zwei Ziele beinhalten:

- 1) Das Finden sinnvoller barrierefreier Nutzbarkeit des Marktplatzes und
- 2) Vorschläge zum Erinnern und Erarbeitung von Bewusstsein über die Opfer und Täter von nationalsozialistischen Verbrechen auf dem Marktplatz vor dem Rathaus. Für die Durchführung des Wettbewerbs mit begleitenden Veranstaltungen unter Einbeziehung des Behindertenbeirats und Bildungsinstitutionen werden 5.000 € bereit gestellt.

Produkt-Nr.:

Begründung:

Immer wieder erreichen den Behindertenbeirat Beschwerden mit der Bitte um Verbesserung der Begehbarkeit des Marktplatzes. Die derzeit durch Kopfsteinpflaster mit tiefen und breiten Fugen erschwerte Begehbarkeit des Marktplatzes behindert sowohl Einheimische wie auch die vielen Touristen. Um die bestehenden Mängel zu beheben, ist eine kreative und sorgfältige Erörterung von Alternativen zur jetzigen Marktplatzgestaltung erforderlich.

Die Rosenroute zeigt, dass Barrierefreiheit sowohl von Nutzern von Rollstühlen, Rollatoren und Kinderwagen als auch von Fußgängern angenommen wird.

Der Marktplatz soll auch als Ort des Gedenkens an die grausamen Verbrechen des NS-Regimes mit den Hinrichtungen von 30 bis 50 vorwiegend italienischen und anderen Zwangsarbeitern auf dem Marktplatz am 27. März 1945 mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Es gibt bislang dafür eine Mini-Hinweistafel mit QR-Code für Internetnutzer, die jedoch sowohl von Einheimischen wie von Touristen leicht übersehen wird. Darüber erreicht man eine Internetseite des Projektes Vernetztes Erinnern.

Wenn die Oberflächengestaltung des Marktplatzes barrierefrei wird, wäre es sicherlich möglich, zum Beispiel in der Pflasterung in geeigneter Weise den Ort der Galgen, an denen die Zwangsarbeiter ermordet wurden, kenntlich zu machen. Dies soll zu aktiver Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Hildesheim beitragen, damit auch junge Menschen sich konkret in Hildesheim mit den rassistischen Menschheitsverbrechen des NS-Regimes auseinandersetzen können und demokratische Lehren ziehen können für ihr Leben. Den Hildesheimer Marktplatz lediglich mit den umliegenden wiederaufgebauten Gebäuden als mittelalterliches Kleinod zu präsentieren, liefert eine verkürztes unreflektiertes Bild der Geschichte dieses Ortes.

Ein Jugendwettbewerb zur Neugestaltung des Hildesheimer Marktplatzes ist eine Möglichkeit, eine öffentliche und junge Menschen fördernde Diskussion zu erreichen.

Hildesheim hat das Glück mit der HAWK u.a. mit den Fachbereichen Sozialwesen, Architektur und Bauwesen eine kompetente Einrichtung zu haben. Auch die Uni kann angesprochen werden und kann infolge ihrer Expertise Beiträge leisten. Hildesheim ist ein wichtiger Schulstandort. Schüler*innen (und Lehrer*innen) können in geeigneten Lernformaten für die Mitwirkung gewonnen werden.

Das selbstständige Erarbeiten von Zeugnissen der Gewaltherrschaft der NS-Diktatur am konkreten Geschehen vor Ort anhand von Quellen kann einen Beitrag zur Stärkung demokratischen Bewusstseins in der Jugend leisten. Ein Abdriften von immer mehr Jugendlichen in rechtsextreme und faschistische Vorstellungen, Ideologien und Verhaltensweisen kann auch so ein Stück weit im Rahmen der Erinnerungskultur entgegengewirkt werden.

Es kann in dem Analysieren, Überlegen und Planen der Reduzierung von Barrieren im öffentlichen Raum durch die Jugendlichen das Bewusstsein erarbeitet werden, dass nicht nur Leistung, koste es was es wolle, in dieser Gesellschaft zählt, sondern Menschlichkeit und Solidarität unverzichtbare Grundwerte sind, und Leistung diesen Zielen dienen soll.

Galeria Kaufhof Bürger*innenbefragung

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Hildesheim führt im ersten Halbjahr 2026 eine Bürgerbefragung zur zukünftigen Nutzung der Kaufhof-Immobilie durch. Für die Formulierung der Fragestellungen und der Auswertung der Befragung wird eine bürgerschaftliche Jury berufen, die alle gesellschaftlichen Gruppen der Stadt abbildet. Als Budget für die Befragung und Auswertung werden 50.000 € bereitgestellt.

Begründung:

Etwa ein Jahr stand das Gebäude von Galeria Kaufhof leer. Mit ungewisser Zukunft. Lediglich das EG wird von TEDI mit einem Non-Food-Sortiment befristet bespielt. Der Leerstand hat auch für die restlichen Geschäfte in der Innenstadt weitreichende Folgen. So wirkte der Kaufhof auch als Faktor für Bürger*innen überhaupt erst in die Innenstadt zu gehen und dabei auf dem Weg durch die Fußgängerzone auch in das ein oder andere kleine Geschäft zu bummeln. Der steigende Leerstand in der Innenstadt startet eine Abwärtsspirale. Je weniger attraktive Geschäfte es gibt, desto weniger Menschen strömen in die Innenstadt.

Das Gebäude von Galeria Kaufhof nach Bedürfnissen der Bürger*innen zu gestalten ist also nicht nur eine Angelegenheit den Hildesheimer*innen etwas gutes zu tun, sondern sorgt auch längerfristig für den Erhalt einer belebten Innenstadt.

Ausrüstung der Ampel Steuerwalder Straße/Fichtestraße mit einer Akustikerkennung

Beschlussvorschlag

Um die Querung blinden Menschen zu ermöglichen, wird 2026 die Ampel umgerüstet.

Begründung

Ergibt sich aus Beschlussvorschlag. Außerdem hat der Behinderten- und Inklusionsbeirat eine solche Umrüstung vorgeschlagen.

Mayors for Peace: Malwettbewerb für Kinder zum Verbot der Atombombe und für Frieden

Produkt Nr: 28101 Kulturmanagement**Beschlussvorschlag**

Um das Thema Frieden in den Mitgliedsstädten weiter zu fördern, veranstaltet die Initiative Mayors for Peace einen Malwettbewerb zum Thema Frieden für Kinder **zwischen 6 und 15 Jahren** in allen Mitgliedsstädten. Für die Bekanntmachung des Wettbewerbs wird auf der Rückseite des Rathauses ein Banner angebracht und es werden an anderen Stellen der Stadt Plakate aufgehängt sowie Flyer und kleine Plakate produziert. Schulen, Elternräte, Schülervertretungen, Jugendräume, Sportvereine, Vereine inklusive Sportvereine etc. werden angeschrieben. Die Stadt stellt Teilnahmeformulare auf Ihrer Homepage zur Verfügung.

Kosten: 5000 €

Begründung:

Hildesheim ist seit 2020 Mitglied des Friedensbündnisses

Mayors for Peace – Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für den Frieden

Im August 1945 wurden die Städte Hiroshima und Nagasaki in Japan durch einzelne Atombomben augenblicklich in Schutt und Asche gelegt, was über 210.000 wertvolle Menschenleben kostete.

80 Jahre nach den Bombenangriffen leiden viele Überlebende (Hibakusha) noch immer unter den körperlichen und seelischen Folgen der Strahlung.

Die Hibakusha haben 2024 den Friedensnobelpreis erhalten.

Um den sehnlichen Wunsch der Hibakusha, symbolisiert durch die Botschaft

„Niemand soll jemals so leiden wie wir“,

in der ganzen Welt zu verbreiten und sicherzustellen, dass er an zukünftige Generationen weitergegeben wird, beharren Hiroshima und Nagasaki weiterhin auf ihrer Feststellung, Atomwaffen sind unmenschlich, und fordern weiterhin ihre Abschaffung.

Am 24. Juni 1982 rief der damalige Bürgermeister von Hiroshima, Takeshi Araki, auf der zweiten UN-Sondersitzung zur Abrüstung Städte weltweit dazu auf, nationale Grenzen zu überschreiten, sich solidarisch zusammenzuschließen und gemeinsam für die Abschaffung von Atomwaffen zu kämpfen.

Die Städte Hiroshima und Nagasaki gründeten die heutigen

Mayors for Peace - Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für den Frieden.

Die Ziele der „Bürgermeister*innen für den Frieden“ bestehen darin, zur Verwirklichung eines dauerhaften Weltfriedens beizutragen

- indem sie durch enge Solidarität zwischen den Mitgliedsstädten das Interesse der Bürger der Welt für die völlige Abschaffung von Atomwaffen wecken und sich um die Lösung lebenswichtiger Probleme der Menschheit wie Hunger und Armut, die Not der Flüchtlinge, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung bemühen.

Heute ist die Gefahr so groß wie lange nicht mehr. Fast alle Atomwaffenstaaten sind in Konflikte und Kriege verwickelt:

Russland, USA, Vereinigtes Königreich, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea.

Es ist zu begrüßen, dass die Mayors for Peace-Städte allen Widrigkeiten zum Trotz an ihrem Ziel festhalten, die Abschaffung der Atomwaffen zu erreichen.

Und es ist gut, dass sie jedes Jahr einen weltweiten Malwettbewerb für Kinder durchführen. Hildesheim kann an der diesjährigen Kulturhauptstadt Chemnitz ein Beispiel nehmen, und die Teilnahme am Malwettbewerb ab 2026 beginnen. Herr Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer hat das in der Ratssitzung am 30.6.2025 befürwortet. Nun gilt es, dies auch umzusetzen.

Bushalte- und Umsteigestelle Schuhstraße barrierefrei umbauen

Produkte 51103 Stadtentwicklung
 541012016001 Haltestellen ÖPNV

Beschlussvorschlag

Die Ertüchtigung der Schuhstraßehaltestelle wird in der Prioritätenliste nach oben geschoben, so dass 2026 die Umbauplanung und spätestens 2027 der Umbau erfolgt.

Die Planungskosten für den Umbau werden für 2026 in den Haushalt eingestellt.

Die Höhe der Planungskosten muss noch beziffert werden, ggf. ist eine Personalaufstockung erforderlich, um die Ertüchtigung der Neustadt in diesem Bereich voranzubringen.

Umbaukosten: 3.000.000 €

Produkt-Nr.:

Begründung

Die Schuhstraße ist der Hauptumsteigepunkt in Hildesheim außerhalb des Busbahnhofs. Die Straßenseite Fußgängerzone/Huckup ist nicht barrierefrei und zum Umsteigen ungünstig gestaltet. Der für später vorgesehene Umbau der Schuhstraße sollte an dieser Stelle beginnen.

Damit wird die Erreichbarkeit der Fußgängerzone und aller durch die Buslinien angefahrenen Zielhaltestellen in vielen Stadtteilen auch für Menschen mit Einschränkungen erheblich verbessert.

Die Schuhstraße hat sich nach Wiedereröffnung der Dammstraßenbrücke zu einem Stauschwerpunkt in bisher ungekanntem Ausmaß entwickelt. Ziel ist es deshalb auch, den privaten Auto- und Lastverkehr in der Schuhstraße herauszufiltern und den Öffentlichen Verkehr erheblich zu verbessern. Dafür ist ein Umbau der Haltestelle vordringlich.

Erinnern für die Gegenwart und Zukunft

Produkte 28101 Kulturmanagement

 28100 Heimat- und Geschichtspflege

Inhaltliche Ergänzung des Haushaltsbegleitbeschlussantrags der Gruppe SPD, Die Grünen/Bündnis 90 und DIE PARTEI

Produkt Nr.: 28101 + 28100

Die Änderungen der beschreibenden Anmerkung im Haushaltsbegleitbeschlussantrag der Mehrheitsgruppe sind durch Fett- und Kursivdruck sowie gelber Hinterlegung kenntlich gemacht.

Beschlussvorschlag

Erinnerungskonzept Hildesheim

Im Angesicht des Erstarken antidemokratischer Kräfte stärken wir die städtische Erinnerungskultur und deren Transferleistung mit Fokus auf Demokratiebildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Stabsstelle Kultur und Stiftungen erarbeitet mit dem Stadtarchiv sowie wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Partner:innen bis 2026 ein Erinnerungskonzept.

In der Koordinierung dieses Konzepts steht die Stabsstelle Kultur und Stiftungen. Dafür wird die bestehende Stelle für die Konzeptionierung in der Stabsstelle von 15 Std in 2026 auf 35 Std aufgestockt und in 2027 wird eine Stelle geschaffen für die Umsetzung.

Schwerpunkte dieses Konzepts sollen sein:

1. Einbindung bestehender Erinnerungskulturarbeit
2. Sichtbarkeit für **alle** hildesheimer Widerstandskämpfer:innen und Demokratie-Orte
3. Erweiterung von Erinnerungsorten von **allen** Opfer**gruppen** der NS-Verbrechen
4. Transferleistung der Erkenntnisse aus der Geschichte für eine aktive Demokratiebildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt
5. **Einrichtung einer Mahn- und Gedenkstätte als außerschulischer Lernort in Zusammenarbeit mit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten**
6. die Prüfung der Umwidmung von Denkmälern zu Friedensmahnmalen.

Kostenansätze gegenüber Antrag Mehrheitsgruppe unverändert.

Begründung:

Es fehlt in Hildesheim eine Mahn- und Gedenkstätte als außerschulischer Lernort für Einheimische, für Kinder und Jugendliche, für Touristen, wo Dokumente und Ausstellungsstücke ganzjährig zugänglich sind, wo es zu bestimmten Schwerpunkten wechselnde Ausstellungen auch mit modernen Präsentationstechniken geben kann.

Wenn wir dauerhafte Erinnerungsarbeit in der Stadt als Stadtgesellschaft leisten und über die Naziverbrechen aufklären wollen, ist eine permanente Einrichtung in einem Gebäude erforderlich. Zum Beispiel kann in diesem Gebäude dauerhaft informiert werden über:

- das Verbrechen der Ausbeutung der etwa 10 000 Zwangsarbeiter*innen
- die Rüstungsproduktion in Hildesheim für den verbrecherischen Eroberungskrieg des Deutschen Reiches
- die Massenhinrichtungen der Gestapo auf dem Marktplatz und vielen Häftlingen auf dem heutigen Nordfriedhof
- die von Hildesheim ausgehenden T4-Krankenmorde (von den Nazis in ihrem bestialischen Zynismus als "Euthanasie" bezeichnet)
- die Unterdrückung, Ausbeutung und Ermordung italienischer Kriegsgefangener
- die Deportation zur Ermordung von Sinti und Roma
- die Judenpogrome, die Deportation von Jüdinnen und Juden, die Enteignung und Ausplünderung der Jüdinnen und Juden ("Arisierung") und Bereicherung der Profiteure
- die Unterdrückung von kommunistischen, sozialdemokratischen sowie gewerkschaftlichen und anderen Widerstandskämpferinnen und -kämpfern in Hildesheim,
- die Unterdrückung der Emanzipationsbewegung von Frauen
- die Unterdrückung und Verfolgung von Jugendlichen, die dem NS-Regime entgegen wirkten
- die Unterdrückung von christlichem Widerstand und Hinrichtung des Pfarrer Joseph Müllers, den Tod durch unmenschliche Haftbedingungen des Pfarrer Christoph Hackethal im KZ Dachau und die Hinrichtung des Paters Friedrich Lorenz
- die unmenschliche Behandlung der KZ-Häftlinge aus Hamburg-Neuengamme, die in der hildesheimer Stadthalle in der Neuen Straße vegetieren mussten
- die Verbrechen der Reichsbahn im Rahmen der Transporte der Opfer aus Hildesheim in die KZ-Vernichtungslager
- die Verbrechen der Wehrmacht und des Volksgerichtshofs gegen Deserteure
- das verbrecherische Handeln des Nazi-Bürgermeisters Schrader, der die Versammlung von NSDAP und Gestapo zur Einleitung der Razzia zur Ermordung italienischer Zwangsarbeiter einberufen hat,
- die Enteignung des Naturfreundehauses und das Verbot des Touristenvereins Die Naturfreunde und vieler anderer Vereinigungen
- das Verbot der Gewerkschaften, die Enteignung des Gewerkschaftshauses sowie den Naziterror gegen Gewerkschafter
- das Mitläufertum und die Bereicherung von tausenden Profiteuren der Naziherrschaft in Hildesheim

- diu äußerst dürftige Entnazifizierung in Hildesheim und die völlig unzureichende Verurteilung von Tätern der Gestapo, der SS und andere Faschisten
- und vieles mehr

Es bedarf nach alledem einer würdigen Mahn- und Gedenkstätte. Die Lage und Form der Gedenkstätte zu entwickeln wäre eine der Aufgaben im Rahmen der Konzepterarbeitung und -umsetzung. Dabei kann und sollte auch die Expertise und finanzielle Förderung durch die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten mit ins Boot geholt werden.

Vor Ort sind unter anderem Konzerne und Einrichtungen Nutznießer der Zwangsarbeit und des Naziterrorregimes gewesen. Dort anzuklopfen, um einen finanziellen dauerhaften Beitrag einzufordern, ist eine Idee auch zur Mitfinanzierung einer Gedenk- und Lernstätte.

Eine dauerhafte erinnerungspolitische Lern- und Gedenkstätte wird Kosten verursachen. Diese zu beziffern soll ein Ergebnis der Konzepterarbeitung sein.

Schon jetzt wird von verschiedenen reaktionären Kräften - insbesondere von rechtsextremer und faschistischer Seite - ein erinnerungspolitischer Rollback betrieben.

Öffentliche Toiletten im Bereich des Bus- und Hauptbahnhofs

Produkt Nr.: 53801 Bedürfnisanstalten

Beschlussvorschlag:

Die Stadt stellt im Bereich des Busbahnhofs und des Bahnhofsvorplatzes ein öffentliche Toilette in Form von Containern zur Verfügung.

Kosten: 250 000 € pro Jahr. Mit der Bahn wird eine anteilige Kostenbeteiligung verhandelt.

Produkt Nr.:

Begründung:

Tausende Menschen suchen täglich den Busbahnhof und/oder den Hauptbahnhof auf. Es gibt keine öffentliche Toiletten. Die Toilette von Sanifair ist seit Jahren nicht nutzbar. Die Bahn unternimmt nichts, um diesem unhaltbaren Zustand abzuhelpfen.

Im 1.OG bei Burger-King befindet sich zwar eine Toilette. Die Benutzung kostet 70 Cent. Bei Backwerk im EG ist eine Toilette. Für Durchreisende werden 1 € pro Benutzung verlangt.

Auf dem städtischen Busbahnhof gibt es überhaupt keine Toilette.

Es kann nicht so bleiben, dass tausende Reisende und ÖPNV-Benutzer auf Toiletten von Fast-Food-Ketten verwiesen werden. Auch für alle Einwohner Hildesheims ist es nicht länger zumutbar, dass am Hauptverkehrsknotenpunkt keine öffentliche Toilette existiert.

Für die sehr vielen armen Menschen sind die verlangten Gebühren der privaten Toiletten der Fastfood-Ketten unerschwinglich.

Irgendwo müssen wir ja sparen...

Beschlussvorschlag:

Das Produkt 54101 wird in den Jahren 2026 und 2027 um jeweils 20 % gekürzt.

Begründung

Viele Straßenschäden entstehen nicht durch mangelnde Mittel, sondern durch fehlende Koordination: Wenn Leitungen von EVI oder SEHi ohnehin erneuert werden, können Asphaltdeckschichten kostengünstig „in einem Rutsch“ mit saniert werden. Dieser Mitnahmeeffekt spart erhebliche Haushaltssmittel und reduziert doppelte Baustellen.

Für Finanzierung der Anträge schweben uns außerdem noch folgende Geldquellen vor:

Erträge 2026 und 2027 durch

- Radweg am Hafen streichen (1.100.000€)
- Abgaben der Sparkasse nicht absenken
- Zweckentfremdungssatzung (2x 30.000€)
- Medientechnik im Rat günstiger erneuern (200.000€)
- Gemeindestraßen günstiger erneuern (1.000.000€)